

Stellungnahme der Bürgermeisterin Birte Kruse-Gobrecht zu

„Bargteheide steht still“

„Mit Bedauern habe ich die Pressemitteilung der drei Fraktionen von CDU, WfB und FDP gelesen. eine solche Veröffentlichung trägt leider wenig dazu bei, das Verhältnis zwischen Kommunalpolitik und Verwaltung zu verbessern.

Ich war immer gesprächsbereit - und bin es noch. Ich habe selbst nicht zuletzt das auch aus meiner Sicht verbesserungsfähige Zusammenspiel zwischen Ehren- und Hauptamt im August im Haupt- und Sozialausschuss offen angesprochen und den Vorschlag gemacht, die bestehenden Fragen und Störungen gemeinsam aufzulösen. Umso mehr finde ich es schade, dass noch bevor es zu diesem Austausch kommen konnte, die genannten Fraktionen ein Urteil gebildet haben.

Ich finde es schade und es irritiert mich, dass Mathias Steinbuck, Erster Stadtrat und damit mein gesetzlicher Vertreter im Amt der Verwaltungsleitung, mit dem ich geglaubt hatte, eine gute Zusammenarbeit aufgebaut zu haben, nun als Unterzeichner der Meldung auftritt.

Die genannten Themen und die damit verbundenen Vorwürfe sind bei Weitem nicht zum ersten Mal aufgerufen worden. Die Verfasser sollten wissen, dass die Vorwürfe nicht dadurch wahr werden, dass man sie nur oft genug nennt.

In allen Themen zeigt sich, dass ich meine Kompetenzen nie überschritten habe. Im äußersten Fall gab es Unklarheit darüber, wie die Grenzen der Kompetenzen zwischen Kommunalpolitik und mir als Bürgermeisterin liegen. Dies darf und soll man auch erörtern. Es geht dabei aber grundsätzlich um ein gutes Zusammenspiel von Bürgermeisterin und Kommunalpolitik. Letztere ist im Übrigen dafür verantwortlich, Ziele und Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde festzulegen.

In der Gemeindeordnung in §27 heißt es weiter: „Sie [Die Gemeindevertretung] trifft alle für die Gemeinde wichtigen Entscheidungen in Selbstverwaltungsangelegenheiten und überwacht ihre Durchführung [...]“. Wenn die Anschaffung von Wasserfiltern für die Teeküchen im Rathaus offenkundig eine solch wichtige Entscheidung ist, dass dies nun schon wieder als Beispiel genutzt wird und sogar als Affront bezeichnet wird, sehe ich darin beim besten Willen keine Kompetenzüberschreitung als Bürgermeisterin sondern eine falsch ausgerichteten Maßstab für die zentralen Fragen, die zur Entwicklung unserer Stadt beantwortet werden müssen.

Es ist nicht eigenmächtig, wenn ich meine Handlungsspielräume nutze und es ist keine Bratungsresistenz, wenn ich unsinnige Beschlüsse mit sinnvollen Maßnahmen verbinde und es keine Verhinderung der Beschlussumsetzung, wenn ich die Beschlüsse in eine sinnvolle Reihenfolge zur Abarbeitung bringe. Ich akzeptiere, dass das unbequem erscheinen mag, so ist es doch in meiner Verantwortung als gewählte Bürgermeisterin, die Arbeit der Verwaltung – und damit die Abarbeitung der Beschlüsse – so zu organisieren, dass sie wirtschaftlich und sinnvoll erfolgen. Das bedeutet auch, Steuergelder, das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger, nicht für etwas auszugeben, was ohne Konzept erstellt werden soll und unter Umständen deshalb nur wenige Jahre Bestand haben wird.

Ich wehre mich entschieden gegen den Vorwurf, dass meine Kolleginnen und Kollegen im Rathaus und in den Außenstellen keine Wertschätzung erhalten würden. Die Beschäftigten der Stadt leisten jeden Tag Unvorstellbares, um ihre Aufgaben gewissenhaft und qualitativ zu erledigen. Ich bin froh, so viele engagierte Kräfte in der Verwaltung zu haben. Das bringe ich regelmäßig in den

19.10.2020

Personalversammlungen, aber auch im persönlichen Gespräch zum Ausdruck. Vielmehr verunsichert der ruppige, zum Teil persönlich beleidigende und konfrontative Stil der Kommunalpolitik zum Beispiel in Ausschussdebatten meine Kolleginnen und Kollegen, so geschehen in einer erst kürzlich stattgefundenen Sitzung des Ausschusses für Bauen und Bauordnung. Solche Ereignisse frustrieren meine Kolleginnen und Kollegen zutiefst. Umso mehr muss ich mich wundern, wenn ausgerechnet zwei Unterzeichner der Pressemitteilung meine Mitarbeitendenführung kritisieren, die Agitationen gegen meine Mitarbeitenden für sich zur Methode machen.

Sollten die Fraktionen von CDU, WfB und FDP wirklich glauben, wir hätten einen Stillstand in Bargteheide, wäre das nicht nur naiv, sondern auch einer Selbstoffenbarung, nichts erreicht zu haben.

Ein paar Gegenbeispiele: Umbau der Dietrich-Bonhoeffer-Schule, Erweiterungsbau für die Ganztagsbetreuung an der Carl-Orff-Schule und begonnener Umbau des Verwaltungstraktes, Sanierung des Sportzentrums, Brandschutzsanierung am Kopernikus Gymnasium, Investitionen ins Kleine Theater und die vertragliche Absicherung der Kulturförderung für das Haus, der Vollausbau Hasselbusch und Glindfelder Weg begonnen, intensiver Prozess zur letztlichen Aufhebung der Ausbaubearbeitungssatzung, Grundsatzdiskussion zur Stadtentwicklung im Rahmen der Städtebauförderung, zahlreichen Klimaschutzmaßnahmen, Entwicklung der Projekte BornInk und Ökosiedlung für mehr Wohnraum, Beginn des Neubaus eines Freibadgebäudes, Erreichen der nächsten Meilensteine für den Neubau einer Feuerwache, Einführung einer Buslinie ins Gewerbegebiet und innerstädtisches Anrufsammeltaxi, und noch einiges mehr. Und nicht zuletzt gilt es seit März quasi im Krisenmodus den Umgang mit der Pandemie zu koordinieren. Auch das geht nicht nebenbei.

Das alles ist doch der Verdienst von uns allen, die wir im Rathaus und Außenstellen genauso wie in den Fraktionen und kommunalpolitischen Gremien für ein gutes Leben in unserer Stadt wirken wollen.

Der Eindruck, ich würde nur Pressefotos mit bunten Fahnen machen, verschließt dabei leider die Augen vor der Realität. Und trotzdem: auch solche Dinge sind wichtig für unser Stadtleben. Oder wollen die genannten Fraktionen kein schön anzusehendes und gepflegtes Stadtgrün? Keine Maßnahmen zum Klimaschutz, so klein sie auch sein mögen, trotz einstimmig beschlossenen Klimaaktionsplan? Kein Anlass zum kulturellen Verweilen? Kein buntes Vereinsleben zum sozialen Zusammenhalt? Neben all den handfesten Projekten ist es doch vor allem das, was unsere Stadt zusammenhält.

Und noch mehr kommt auf Bargteheide zu: über kurz oder lang brauchen wir vielleicht eine komplette neue Schule, um den Bedarf für die nachfolgenden Generationen zu decken. Wir müssen in die Stadtentwicklung investieren, das heißt bei Mobilität, Einzelhandel, Daseinsvorsorge und Kultur, um weiterhin ein attraktiver Lebens- und Arbeitsort Bargteheiderinnen und Bargteheider und zukünftige Einwohnerinnen und Einwohner zu bleiben. Wir müssen den bereits beschlossenen Klimaaktionsplan Stück für Stück mit Leben füllen, wenn wir es ernst meinen. Allein das wird eine Mammutaufgabe sein. Und wir müssen die digitale Transformation gestalten, statt sie auf uns hereinbrechen zu lassen, um davon zu profitieren.

Das alles zusammenzuhalten ist gewiss nicht einfach. Weder für die Stadtvertretung, noch für mich. Bei all dem, was uns dabei im Einzelnen in der einen oder anderen Auffassung trennen mag - das

gestehe ich ohne Widerrede ein: Es gibt und es darf Bewertungsunterscheide zu allem geben, was uns täglich in der Stadt bewegt. Das macht unser demokratisches Ringen um die besten Lösungen nun mal aus – kommt es doch darauf an, für unsere Stadt zu wirken, statt mit dem Finger auf den anderen zu zeigen, wenn man anderer Meinung ist.

Ich setze weiter auf eine gute Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik, halte mein Angebot einer Arbeitskonferenz mit der Kommunalpolitik aufrecht und hoffe inständig, dass sich die Beteiligten zum Wohle unserer Stadt darauf einlassen einen gemeinsamen Weg zu gehen.“

Hintergrund zu den genannten Anschuldigungen

- Hohe Fluktuation im Rathaus

Die Personalberichte für die Jahre 2015 bis 2020, die der Kommunalpolitik bekannt sind, weisen keine Tendenz zu mehr Abgängen von Beschäftigten aus. Der Großteil der Abgänge erfolgt jährlich durch das Auslaufen von Zeitverträgen, im Wesentlichen im Freibad wegen der zahlreichen Saisonbeschäftigungen. Bei einer Beschäftigtenzahl von fast 200 Mitarbeitenden inkl. Außenstellen liegt die Fluktuation zwischen 8 bis 15 Personen (nur Kündigung oder Auflösungsverträge) jährlich in einem normalen Maß. Hinzu kommen diverse interne Umbesetzungsverfahren, in der Regel als Ergebnis von Maßnahmen zur Mitarbeitendentwicklung z.B. durch Versetzung auf höhergruppierte Stellen oder Übernahme von Auszubildenden.

- keine Überprüfung der Neuorganisation

Die Neuorganisation wurde in der übergeordneten Struktur der Verwaltung im August 2018 abgeschlossen. Weitere Organisationsprozesse laufen bis heute, so z.B. die Neuordnung des Fachdienstes Bildung, Jugend und Sport im neu zugewiesenen Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs 3 und die Schaffung eines Fachdienstes zum 1. Juli 2020.

Eine Evaluation der Neuorganisation ist frühestens nach drei Jahren nach Einführung sinnvoll, also frühestens im Herbst 2021, und vorgesehen. Dies wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen 2020 seitens der Verwaltung bereits erörtert. (Siehe auch Antrag der WfB-Fraktion zum H+S am 27.11., der nicht beschlossen wurde:

http://www.bargtheide.ratsportal.net/pi/_tmp/tmp/45081036752685499/752685499/00096513/13-Anlagen/11/AntragzuTOP_10-EvaluationVerwaltungsstruktur.pdf

- Personalkosten sind seit 2016 gestiegen

Der Stadtvertretung wurde seit 2016 jeweils zu den Stellenplanberatungen der Personalbedarf zur sachgerechten Aufgabenerledigung mitgeteilt und ein Vorschlag zur Bereitstellung der erforderlichen personellen Ressourcen gemacht. Der Ressourcenbedarf beim Personal ergibt sich dabei fortlaufenden zum einen aus den gesetzlichen Bestimmungen, zum anderen aus der steigenden Komplexität in Einzelfällen und den Vorgaben der Kommunalpolitik. Der Stadtvertretung obliegt dabei der Beschluss über den Stellenplan als Teil des Haushaltsplans. Die in den Jahren vorgeschlagen Stellenplanerweiterungen wurden also in vielen (nicht in allen) Teilen von der Kommunalpolitik anerkannt und durch Beschluss umgesetzt.

- Stabsstellen-Leitung ohne Genehmigung vom Hauptausschuss

Der Hauptausschuss hat gem. § 9 der Hauptsatzung der Stadt Bargteheide die Aufgabe, „Personalentscheidungen auf Vorschlag der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters für die Inhaberinnen oder Inhaber von Stellen, die der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister unmittelbar unterstellt sind und Leitungsaufgaben erfüllen“ zu treffen.

Der Referent der Bürgermeisterin als Leitung der Stabsstelle hat keine disziplinarische Leitungstätigkeit inne, sondern lediglich eine fachliche. Die disziplinarische Leitung der Mitarbeitenden der Stabsstelle liegt bei der Bürgermeisterin.

- Personal fühlt sich nicht wertgeschätzt und ist verunsichert

Viele interne Prozesse wurden nach dem Amtsantritt von Bürgermeisterin Kruse-Gobrecht erst wieder in Gang gebracht bzw. eingeführt, z.B. Mitarbeitendenbefragungen, Strukturierung von internen Abläufen, strategische Personalentwicklung, Gesundheitsmanagement, Eingliederungsmanagement. Dass eine Neufassung einer bekannten Organisationsstruktur auch Reibungsverluste und Unklarheiten mit sich bringt, ist üblich und wird im Prozess berücksichtigt. So fanden mehrere Beteiligungsrunden zur Bewertung der Neuorganisation und Verbesserungsmöglichkeiten statt. Dieser Prozess ist fortlaufend.

- Priorisierung von Themen

Die Verwaltung hat bereits in einer umfassenden, mit der Kommunalpolitik abgestimmten Liste sämtliche Bauvorhaben der nächsten Jahre mit einem Gesamtvolumen von ca. 70 Mio Euro erstellt und priorisiert. Darüber hinaus werden zurzeit alle übrigen Vorhaben und Projekte der Verwaltung systematisch erfasst und priorisiert, um so z.B. die Einführung des Projekt- und Prozessmanagements vorzubereiten.

- verzögerte Bearbeitung von Projekten (Radwegeplanung, Fahrradmodule)

Die Radwegeplanung kann nicht losgelöst vom vorgesehenen Mobilitätsgutachten gesehen werden. Eine vorzeitige Erstellung einer Radwegeplanung ohne Verbindung zum Mobilitätsgutachten stellt eine Vergeudung von personellen und finanziellen Ressourcen dar.

Die Erstellung von Fahrradmodulen am Bahnhof muss im Kontext der Entwicklung des Bahnhofs im Zuge der S4 gesehen werden. So lange die Planungen für die S4 noch keine Reife haben, die zukünftige Nutzungsströme belastbar erkennen zu lassen, ist eine Vorfestlegung auf einen Standort für Fahrradmodule unwirtschaftlich, falls diese durch spätere Planungen wieder abgebaut werden müssten.

- Stelle 19a: EDV-Koordination

Die Kommunalaufsicht hat auf Anfrage der Fraktionen von CDU, SPD, WfB und FDP eindeutig festgestellt, dass es der Bürgermeisterin obliegt, im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel im Gesamtrahmen des Stellenplans über die Ausführung entscheiden kann. Die Bürgermeisterin hat im Rahmen der Beratungen zum Nachtragshaushalt 2020 den Vorschlag unterbreitet, die erforderliche Stelle zur EDV-Koordination in den Nachtragsstellenplan aufzunehmen und damit mit entsprechenden finanziellen Mitteln im Personalbudget zu hinterlegen. Diesem Vorschlag ist die Stadtvertretung nicht gefolgt, so dass die Bürgermeisterin diesen Vorschlag selbst zurückgezogen hat. Eine inhaltliche Ablehnung der Stelle wurde von den Fraktionen formuliert. Eine formale

Ablehnung der Stelle hat es auf Grund des oben beschriebenen Vorgehens jedoch nicht gegeben. Gleichwohl obliegt es der Bürgermeisterin im Rahmen der Bewirtschaftung des Stellenplans, aus freien Stellenanteilen (das heißt, aus vorhandenem Personalkostenbudget) Personalressourcen bereitzustellen. Nicht mehr und nicht weniger war im Zuge der Ausschreibung der genannten Stelle vorgesehen. Die Stelle ist erforderlich, um den gestiegenen Aufwand in der Betreuung der EDV sachgerecht bearbeiten zu können, nicht zuletzt begründet in der notwendigen, kurzfristigen Einrichtung von zahlreichen HomeOffice-Arbeitsplätzen zur Aufrechterhaltung des Verwaltungsbetriebs in der Pandemie.

- Ablehnung Wasserfilter

Der Haupt- und Sozialausschuss hat der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln zur Anschaffung von Wasserfiltern in der Tat nicht zugestimmt. Durch getätigte Einsparungen in anderen Bereichen konnten die Wasserfilter jedoch aus vorhandenen Mitteln beschafft werden, so dass keine zusätzlichen Mittel nötig waren. Im Übrigen kommt es inzwischen durch den Einsatz der Wasserfilter zu weiteren Einsparungen, da nur noch für wenige Anlässe eigens Mineralwasser beschafft werden muss. Gleichzeitig trägt die freie Verfügbarkeit von gefiltertem Leitungswasser im Rahmen des Gesundheitsmanagements zum Wohlbefinden der Beschäftigten im Rathaus bei.

- Sperrvermerk Stadtentwicklungskonzept

Das Konzept zur Mittelverwendung wurde dem Haupt- und Sozialausschuss im Juni 2020 vorgelegt. In der Erläuterung zum Konzept wurde der Kommunalpolitik mitgeteilt, dass anteilige Mittel aus der Haushaltsstelle Stadtentwicklungskonzept vorab durch eine andere Haushaltsstelle beglichen wurden, um die Umsetzung des Beschlusses zur Erstellung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung umzusetzen. Geplant war daher nach Aufhebung des Sperrvermerks eine Umbuchung auf die sachlich richtige Haushaltsstelle.

In der Absicht, einen Beschluss der Kommunalpolitik gewissenhaft umsetzen zu wollen, wurde die Verwaltung mit der Unterstellung konfrontiert, missbräuchlich mit den bereitgestellten Mitteln umzugehen. Diese Anschuldigung ist haltlos. Der Sachverhalt wurde von den Fraktionen von CDU, SPD, WfB und FDP der Kommunalaufsicht zur Prüfung übergeben. Das Ergebnis steht aus.

- Bebauung Am Maisfeld

Das Vorhaben zur Bebauung befindet sich in Vorbereitung. Darüber hinaus hat Der Haupt- und Sozialausschuss die Verwaltung beauftragt, eine Bedarfsanalyse für öffentlich geförderten Wohnungsbau zu erstellen. Die Analyse wird zurzeit erstellt und absehbar dem Ausschuss zur weiteren Beratung vorgestellt.

- Schulzentrum/KGB-Sportplatz

Zur Verbesserung der Lage am Schulzentrum inkl. KGB-Sportplatz hat Bürgermeisterin Kruse-Gobrecht den Arbeitskreis Prävention und Intervention eingerichtet, der unter Beteiligung der Jugendhilfe, Sozialarbeit, Ordnungsamt, Polizei, Schule und Kommunalpolitik Maßnahmen entwickeln soll. Diese Arbeit steht noch am Anfang. Dennoch wurden erste Maßnahmen ergriffen wie Beschilderung des Geländes, regelmäßige Kontrollen durch Polizei und Ordnungsamt, Sondermaßnahmen zu Großlagen wie an Himmelfahrt.

19.10.2020

Kurzfristige Maßnahmen zur Sicherung der Sportanlage am KGB wurden ebenso ergriffen. Weitere folgen nach Abstimmung mit Anliegerinnen und Anliegern und weiteren Beteiligten mit Hilfe eines Runden Tisches. Die Aussage, frühere Maßnahmen hätten Anschläge verhindert, ist eine reine Mutmaßung und wird der komplexen Sachlage von dicht an den Sportplatz angrenzender Wohnbebauung mit berechtigten Anlieger*innen-Interessen, unklare Nutzungsregelungen seit mehr als 20 Jahren und Bedürfnis von Jugendlichen auf Treffpunkte im öffentlichen Raum in keiner Weise gerecht.